

Ludger Helms (Innsbruck)

## Political Leadership und die „Gender Challenge“: Eine explorative Kritik

*Viele der politikwissenschaftlich interessantesten und politisch brisantesten Fragen der Gender-Forschung im Kontext der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Leadership betreffen die Repräsentation von Frauen in politischen Führungsämtern und das politische Verhalten von weiblichem Führungspersonal. Im Vergleich zu anderen Feldern markiert die politische Exekutive weiterhin einen Bereich, der mit wenigen Ausnahmen nahezu ausschließlich von Männern dominiert wird. Einige empirische Befunde über den Unterschied, den eine stärkere Repräsentation von Frauen in Führungspositionen auf den Führungsstil und die Ergebnisse des gouvernementalen Entscheidungsprozesses hat, sowie die daraus gezogenen Folgerungen bleiben stark umstritten. Das gilt für die These eines natürlichen „female leadership advantage“ und insbesondere für die „great women theory of leadership“. Unabhängig davon ist eine stärkere Repräsentation von Frauen in Führungsämtern auch des Exekutivbereichs nachdrücklich zu begrüßen, aus normativen wie aus funktionalen Gründen.*

*Keywords: Politische Führung, Gender, Frauen, deskriptive Repräsentation, substantielle Repräsentation, Demokratie  
political leadership, gender, women, descriptive representation, substantive representation, democracy*

### 1. Einleitung<sup>1</sup>

Wie in den meisten anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft haben Gender-Perspektiven bereits vor vielen Jahren Einzug auch in die Leadership-Forschung gehalten und sind mittlerweile zu einem festen Bestandteil der internationalen Literatur geworden. Die besondere Komplexität und Konfliktintensität von Diskussionen über Leadership und Gender sind dem spannungsreichen Zusammenwirken sehr unterschiedlicher Faktoren geschuldet. Neben theoretischen und methodischen Aspekten zählen dazu auch handfeste politische Interessen.

Gegenstand dieses Beitrags ist eine Rekonstruktion und Kritik der jüngeren internationalen Forschungsdiskussion an der Schnittstelle von Leadership und Gender. Angestrebt wird eine systematische Verortung von Gender-Aspekten im Rahmen eines breiter konzipierten, nicht auf Gender-Fragen verengten Konzepts von politischer Führung in der Demokratie. In theoretischer Hinsicht wird für die Verknüpfung eines funktionalen Ansatzes mit weitergehenden demokratiewissenschaftlichen Kriterien guter politischer Führung plädiert. Ausgewählte empirische Aspekte des Gegenstandes werden aus dieser Perspektive betrachtet. Erforderlich ist jedoch zunächst eine kurze Verständigung über die zentralen Begriffe, Gender und Political Leadership.

## 2. Gender und Political Leadership: Zwei schillernde Begriffe

Entgegen umfassenderer theoretischer Begründungen des Gender-Topos, die Wert darauf legen, dass es bei ihm um das Studium kulturell und sozial geprägter Geschlechterrollen geht (vgl. statt vieler Beckwith 2005), ist die Gender-Forschung primär Frauenforschung. Das gilt auch für die meisten Forschungszusammenhänge, die nicht explizit von einem feministischen Verständnis geleitet sind. Faktisch ist Gender-Forschung zudem nicht nur primär Forschung über Frauen, sondern ganz überwiegend auch Forschung von Frauen. Beide Eigenschaften sind in Österreich und Deutschland besonders stark ausgeprägt, während der internationale Trend mittlerweile deutlich erkennbar in Richtung einer größeren thematischen und geschlechterbezogenen Ausdifferenzierung verläuft wie ein Blick in die jüngeren Jahrgänge führender Fachzeitschriften der Forschungsbereichs, wie des *Journal of Gender Studies* oder *Genders*, lehrt.

Ein systematisch auf „Frauenfragen“ verengtes Gender-Verständnis ist bereits vor vielen Jahren kritisiert und zurückgewiesen worden, auch im engeren thematischen Umfeld der Leadership-Forschung. So stellen etwa die Herausgeberinnen des wichtigen Sammelbandes, *Gender Power, Leadership, and Governance*, Georgia Duerst-Lathi und Rita Mae Kelly, mit Nachdruck fest:

*Please notice that both males and female [sic] are characterized by gender. Gender is not synonymous with females, feminine, feminist, women; males have gender too. Reading the gender literature might lead one to believe otherwise. (...) The desire to study women to the neglect of men sprang from a need to remedy centuries of neglect toward women, bringing some balance and fitting the needs of the moment. (Duerst-Lathi/Kelly 1995, 13–14; Hervorhebung im Original)*

Im Rahmen von Studien über politische Führung, speziell von Führung im Bereich der Regierung, scheint eine bewusste Konzentration auf Frauen insoweit gerechtfertigt, als innerhalb des Exekutivterritoriums, (noch) stärker als in anderen Bereichen des politisch-gesellschaftlichen Systems, bis vor Kurzem beinahe ausschließlich Männer gewirkt haben, eine zumindest virtuelle genderbezogene Differenzierungsleistung mithin auch im Zuge einer Konzentration auf „women leaders“ gewährleistet ist. In diesem Sinne argumentiert auch Farida Jalalzai: „(T)he most masculine office is executive office. (...) Executive office is often considered synonymous with masculinity, particularly as one moves up the hierarchy.“ (Jalalzai 2008, 209)

Nicht minder umstritten sind der terminologische Geltungsbereich und der Bedeutungsgehalt von Political Leadership. Festzustellen ist zunächst, dass Political Leadership nicht an den Besitz eines formalen politischen Amtes geknüpft ist (Helms 2004, 708). Dies wird auch seitens der jüngeren Gender-Forschung betont, die in einem solchen Verständnis vor allem die Gefahr angelegt sieht, die Führungsleistungen von Frauen jenseits der Ausfüllung öffentlicher Führungsämter (beispielsweise in sozialen Bewegungen oder stärker informalen Rollen) auszublenden und gering zu schätzen (Kellerman 2003, 54; Keohane 2007, 69). Ein Großteil politischer Führung vollzieht sich jedoch ohne Zweifel in Organisationen und auf der Grundlage des Besitzes einer formalen Führungsposition: in politischen Parteien, Interessenverbänden, Regierungen und Parlamenten. Als eigentlicher Schwerpunkt der internationalen Literatur über Political Leadership hat sich der Bereich der Regierung herausgebildet. Politische Aktivitäten in diesem Bereich werden im Deutschen üblicherweise mit der Bezeichnung „Regierungsführung“, im Englischen mit „executive leadership“ bezeichnet (Helms 2005; 2009).

Uneinigkeit besteht ferner über den Wesensgehalt von Political Leadership (insbesondere in seiner „executive leadership“-Variante) und den Stellenwert von Leadership in der Demokratie. Ein Großteil der jüngeren Leadership-Forschung ist von dem Bestreben getragen, durch die politikwissenschaftliche Erforschung von Political Leadership einen Beitrag zur Optimierung von Leadership im Sinne einer Expansion der Effektivität und Effizienz von politischer Führung zu leisten. Als Leadership im engeren und zugleich im höchsten Sinne gilt die erfolgreich-konsequente Umsetzung politischer Reformagenden, notfalls auch gegen beträchtliche Widerstände politischer Gegenspieler oder sogar der Bevölkerung (vgl. etwa Fliegauf et al. 2008).

Diesem Ansatz stehen stärker demokratiewissenschaftlich inspirierte Perspektiven auf die Bedingungen und Manifestationen von politischer Führung gegenüber. Sie betrachten Aspekte wie den Schutz von Minderheiten, die Bewahrung bzw. Herstellung von sozialem Frieden, die Beförderung einer größtmöglichen Anerkennungswürdigkeit der bestehenden politischen Ordnung und dergleichen als zentrale Komponenten und Leistungen von guter politischer Führung. Im Rahmen der Diskussion der normativen und empirischen Voraussetzungen politisch wünschenswerter Ausformungen von Political Leadership in der repräsentativen Demokratie werden dabei Fragen nach der Repräsentation von Frauen in politischen Führungsämtern und deren politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen ausdrücklich als zentrale Komponenten des Forschungsgegenstandes anerkannt (Helms 2010; Pelinka 2008).

Die Gender-Forschung hat die Leadership-Forschung in speziellerer Weise geprägt. Sie war zunächst stark auf den Aspekt des zahlenmäßigen Anteils von Frauen in politischen Ämtern und Führungspositionen konzentriert. Jüngere Arbeiten haben den traditionellen Fokus auf die Strukturen und Mechanismen der „deskriptiven Repräsentation“ durch die Berücksichtigung der Ebene „substanzieller Repräsentation“ (den policy-bezogenen Niederschlag veränderter formaler Repräsentationsmuster in politischen Organisationen) ergänzt. Dabei wird vielfach gleichsam als selbstverständlich vorausgesetzt, dass Frauen spezifische, „frauenfreundliche“ Interessen haben und diese nach Kräften in gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen umzusetzen trachten – ein Bestreben, dem gemäß des prominenten „Critical masses“-Arguments nur dort Erfolg vergönnt ist, wo die Repräsentationsstärke von Frauen ein bestimmtes Minimum übersteigt. Ferner wurde, vor allem in der populärwissenschaftlichen Literatur, behauptet, dass Frauen über bestimmte Leadership-Qualitäten verfügten, die alles in allem nicht nur „anders“, sondern zugleich „besser“ seien und Frauen – im Angesicht der Herausforderungen der Gegenwart – zu den geeigneteren Führungskräften machten.

Die weiteren Betrachtungen dieses Beitrags sind den Bereichen „legislative leadership“ und „executive leadership“ gewidmet. Im nächsten Abschnitt werden zunächst die Muster und Determinanten politischer Repräsentation von Frauen auf der Ebene von Parlamenten und Regierungen betrachtet.<sup>2</sup> Damit ist jene Dimension politischer Repräsentation angesprochen, die im Englischsprachigen als „descriptive representation“ bezeichnet wird. Die tatsächliche, nicht lediglich virtuelle Repräsentation von Frauen in den politischen Führungsorganisationen des Staates bildet die Voraussetzung dafür, dass „female political leadership“ in der gouvernementalen Arena möglich wird. Dass die parlamentarischen Repräsentationsmuster dabei zuerst betrachtet werden, ist dem Umstand geschuldet, dass Parlamente sowohl aus Sicht normativer als auch empirischer Theorien der parlamentarischen Demokratie das „natürliche“ personelle Reservoir für die Besetzung von Regierungsämtern darstellen. Im Anschluss an die empirische Bestandsaufnahme werden die Wirkungen unterschiedlicher Repräsentationsmuster beleuchtet.

### 3. Repräsentationsmuster

Der jüngere internationale Trend hin zu einer stärkeren Repräsentation von Frauen in den Parlamenten der europäischen Länder ist unverkennbar. In den Mitgliedstaaten der EU-15 erhöhte sich der Anteil weiblicher Abgeordneter (berücksichtigt wurde jeweils nur die erste Kammer des Parlaments) zwischen Anfang 1997 und Anfang 2010 von 19 auf 29,3 Prozent.<sup>3</sup> In der Gruppe der EU-27 betrug der Durchschnittswert Anfang 2010 23,6 Prozent. Dieser Wert deutet darauf hin, dass es um die parlamentarische Repräsentation von Frauen in den jungen Mitgliedstaaten der EU weniger gut bestellt ist. Tatsächlich besetzt kein einziges der jüngsten zwölf Mitglieder eine Position in den „Top Ten“ der EU-Staaten, welche angeführt werden von Schweden, Finnland und den Niederlanden. In diesen drei Ländern lag der Frauenanteil an der parlamentarischen Elite Anfang 2010 zwischen 40 und 46,4 Prozent, hat sich also bereits weitgehend dem weiblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung angenähert.

Im Vergleich der älteren und jüngeren Mitgliedstaaten der EU ergibt sich für Anfang 2010 ein Unterschied von gut 13 Prozentpunkten (Durchschnittswert für die Mitglieder der EU-15: 29,5 Prozent; Durchschnittswert für die jüngeren EU-Mitglieder 16,4 Prozent). Allerdings gibt es auch innerhalb der Gruppe der älteren westeuropäischen Demokratien Länder mit Werten, die (zum Teil deutlich) unter dem EU-27 Durchschnittswert von 23,6 Prozent (Anfang 2010) liegen (Irland, Griechenland, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und Italien).

Gemessen an den 35 Prozent weiblicher Mitglieder des Europäischen Parlaments (2010) erscheint der Durchschnittswert für die nationalen Parlamente in den 27 Mitgliedstaaten der EU gering. In nicht weniger als 20 Mitgliedstaaten der EU-27 liegt die Repräsentationsstärke von Frauen jedoch oberhalb des Wertes für das US-amerikanische Repräsentantenhaus der Wahlperiode 2008–2010 (zuletzt knapp 18 Prozent).

Wichtig zu sehen ist, dass – trotz des langjährigen Aufwärtstrends in der parlamentarischen Repräsentationsstärke von Frauen – kontinuierliche weitere Zuwächse keineswegs garantiert sind. Von den sechs Mitgliedstaaten der EU, in denen während der ersten Jahreshälfte 2010 ein neues Parlament gewählt wurde (Belgien, Großbritannien, Niederlande, Slowakei, Tschechien und Ungarn), verzeichneten nur drei (Belgien, Großbritannien und Tschechien) einen Zuwachs weiblicher Abgeordneter. Zu den Ländern mit einem zuletzt negativen Entwicklungstrend gehört auch Österreich, wo der Anteil von Mitgliedern des Nationalrates im Zuge der Nationalratswahl 2008 von 32,8 auf 27,9 Prozent zurückfiel. Dies markierte sogar den nach Prozentpunkten stärksten Einbruch in der Gruppe von EU-Staaten, die seit Anfang 2008 einen Rückgang des weiblichen Anteils an der parlamentarischen Elite zu verzeichnen hatten.

Aus einer weiter ausgreifenden historischen Perspektive ist das erreichte Entwicklungsniveau weiblicher Repräsentation auf der parlamentarischen Ebene – nicht zuletzt gemessen an den frühen Erwartungen der Anhänger eines vollständig demokratisierten Frauenwahlrechts – als politisch enttäuschend zu bewerten (Christmas-Best/Kjær 2007, 77ff.). Auf Basis der Daten für 2010 gibt es mit Blick auf die älteren Demokratien Westeuropas allerdings eine auffällige Korrelation zwischen dem Zeitpunkt der Einführung des Frauenwahlrechts und der parlamentarischen Repräsentationsstärke von Frauen in der Gegenwart. Dabei erscheint eine stärkere Repräsentation von Frauen auf der parlamentarischen Ebene gleichsam als die Frucht einer frühen Demokratisierung des Wahlrechts für Frauen. Von den vier westeuropäischen Demokratien mit dem größten Frauenanteil an der parlamentarischen Elite (Schweden, Finnland, Niederlande und Dänemark) führte nur Schweden das Frauenwahlrecht erst nach dem Ersten Weltkrieg ein; die übrigen drei Länder gehörten dagegen auch in der Frauenwahlrechtsfrage zu den europäischen

Vorreitern. Umgekehrt gilt, dass jene Länder Westeuropas mit einer bis heute vergleichsweise schwachen parlamentarischen Repräsentation von Frauen wie Irland, Frankreich oder Großbritannien auch bei der Ausgestaltung des Frauenwahlrechts eher in der zweiten und dritten Reihe standen.<sup>4</sup>

**Tabelle 1: Repräsentation von Frauen in den Parlamenten und Regierungen der EU-27, 2009 (in Prozent)**

Staat	Parlament	Regierung
Belgien	35,3	27
Bulgarien	20,8	24
Dänemark	38,0	42
Deutschland	32,8	44
Estland	20,8	8
Finnland	41,5	60
Frankreich	18,2	33
Griechenland	17,3	31
Irland	13,3	20
Italien	21,3	33
Lettland	20,0	20
Litauen	17,7	13
Luxemburg	20,0	27
Malta	8,7	22
Niederlande	41,3	22
Österreich	27,9	36
Polen	20,2	25
Portugal	27,4	29
Rumänien	11,4	18
Schweden	47,0	45
Slowakei	19,3	13
Slowenien	13,3	26
Spanien	36,3	50
Tschechien	15,5	18
UK	19,5	17
Ungarn	11,1	0
Zypern	14,3	8

*Quellen:* Anteile der Parlamentarierinnen nach Daten der Interparlamentarischen Union (<http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm>), Stand: 30.11. 2009, Seite aufgerufen am 28.1. 2010; Anteil weiblicher Kabinettsmitglieder („senior ministers“) nach Daten der Europäischen Kommission (<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=774&langId=en&intPageId=659>), Datenerhebung im Zeitraum 9.10. 2009 bis 12.11. 2009, Seite aufgerufen am 28.1. 2010.

In der deutschsprachigen Literatur hat man die detaillierten Erklärungsversuche der internationalen Politikwissenschaft über die Repräsentationsstärke von Frauen in den Parlamenten unterschiedlicher Länder bislang nur sehr lückenhaft zur Kenntnis genommen. Beate Hoecker und Alexandra Scheele (Hoecker/Scheele 2008, 13) verweisen in ihrem Überblick lediglich beiläufig auf das „magische Dreieck“ (institutionelle, kulturelle und sozioökonomische Faktoren). Die internationale Forschung ist mittlerweile zu deutlich präziseren Einsichten gelangt: Nach der empirischen Analyse von Daniel Stockemer (2007) korrelieren die Unterschiede in der parlamentarischen Repräsentationsstärke von Frauen in der EU-27 neben dem Zeitpunkt der Einführung des Frauenwahlrechts mit dem Typ des Wahlsystems (Verhältniswahlssysteme und Frauenquoten begünstigen einen hohen Repräsentationswert) und der Anzahl von Frauen in Managerpositionen. In einer weiter dimensionierten international vergleichenden Analyse unter Einschluss nicht-europäischer Länder konnten diese Befunde jedoch nur zum Teil erhärtet werden. Lediglich Quoten besitzen auch in einem über Europa hinausreichenden Vergleich eine statistisch signifikante Erklärungskraft (Stockemer 2008).<sup>5</sup>

Die Befunde anderer Studien raten eher dazu, die Erklärungskraft institutioneller Faktoren (wie insbesondere Regeln auf der Ebene des Wahlrechts und von Quoten) nicht zu überschätzen. Das suggerieren Einzelfallstudien (Freedman 2004) ebenso wie breit angelegte empirisch-vergleichende Studien (Schmidt 2008). Kontextuelle Faktoren erscheinen im Zweifelsfall von größerem Gewicht zu sein. Dazu gehören insbesondere die politischen Parteien und die Bedeutung weiblicher Eliten innerhalb von Parteien. Dabei konnten in einer aufwendigen Studie von Sheri Kunovich und Pamela Paxton speziellere Zusammenhänge nachgewiesen werden, so etwa hinsichtlich des Einflusses weiblicher Parteieliten unter unterschiedlichen Wahlrechtsregimen: „(F)emale party leaders are able to increase numbers of female candidates in proportional representation systems. But female party leaders can help female candidates get *elected* in plurality-majority (non PRPL) systems.“ (Kunovich/Paxton 2005, 540; Hervorhebung im Original)

Der Frauenanteil unter den Kabinettsmitgliedern in den Ländern der EU-27 liegt im Durchschnitt über jenem an der parlamentarischen Elite. Er ist jedoch keineswegs in jedem Fall größer als der weibliche Anteil an den Mitgliedern des Parlaments. Anfang 2010 lag der Anteil von Ministerinnen in nicht weniger als elf der 27 Länder unterhalb der Repräsentationsquote von Frauen in der ersten parlamentarischen Kammer. Bei einem durchschnittlichen Anteil von 25,7 Prozent weiblicher Kabinettsmitglieder in der EU-27 gibt es ähnlich signifikante Unterschiede zwischen den älteren und jüngeren Mitgliedstaaten der EU (34,7 bzw. 14,5 Prozent).<sup>6</sup> Geradezu dramatisch unterschiedlich groß sind die positiven und negativen Spitzenwerte in beiden Gruppen: Während in den älteren EU-Staaten vereinzelt Werte zwischen 50 und 60 Prozent erreicht wurden (Spanien, Finnland), gab es unter den jüngeren EU-Staaten solche mit Werten im einstelligen Prozentbereich (Estland, Rumänien) und mit Ungarn sogar ein Land mit einer rein männlichen Ministermannschaft.

Während Ministerinnen – trotz zum Teil äußerst bescheidener Anteile – heute in vielen Ländern der Welt bereits zum selbstverständlichen personellen Erscheinungsbild von Regierungen gehören, blieben die exekutiven Spitzenpositionen des Regierungschefs bzw. des Staatsoberhauptes von wenigen Ausnahmen abgesehen Männern vorbehalten. Das belegt im Detail Farida Jalazai (2008) in ihrer bahnbrechenden empirischen Studie über Frauen in Spitzenämtern der politischen Exekutive während des Zeitraums 1960 bis 2007.<sup>7</sup> Sie konnte unter anderem zeigen, dass Frauen überwiegend in solchen institutionellen Kontexten in die Spitzenpositionen der Exekutive vorrücken, in denen das von ihnen gehaltene Amt (sei es das der Regierungschefin, sei es das der Präsidentin) Teil eines exekutiven „power sharing arrangements“ ist, in dem der

andere und zumeist mächtigere Teil der Exekutivspitze von einem Mann gehalten wird. Das gilt nach Jalalzai für mehr als zwei Drittel aller Regierungschefinnen und rund zwei Fünftel der Präsidentinnen des Untersuchungszeitraums. Die größere Zahl von Regierungschefinnen (gegenüber Präsidentinnen) kann, in Übereinstimmung mit dem Gewaltenteilungsargument, auch damit erklärt werden, dass die Position des Regierungschefs im Allgemeinen deutlich stärker als das Präsidentenamt der Kontrolle durch die jeweilige Regierungspartei unterliegt. Am theoretisch unwahrscheinlichsten ist es deshalb, dass Frauen ein Präsidentenamt erringen, das nicht Bestandteil eines exekutiven „power sharing arrangements“ ist, so archetypisch verwirklicht im amerikanischen Regierungssystem.<sup>8</sup> Wo dies dennoch gelang, waren zumeist begünstigende Umstände (wie insbesondere politisches „Ämtererbe“) mit dafür verantwortlich. Von den insgesamt zehn Präsidentinnen in institutionell machtkonzentrierenden präsidentiellen Systemen erlangten ihr Amt jedenfalls nur fünf durch eine Volkswahl.

Sämtliche der insgesamt neun Präsidentinnen aus Asien und Lateinamerika konnten auf „familiäre Verbindungen“ bauen.<sup>9</sup> Ferner ist erkennbar, dass die Repräsentation von Frauen in den Spitzenämtern der Exekutive in auffallendem Maße mit unstabilen politischen Verhältnissen einhergeht bzw. in Regimen mit einem geringen politischen Institutionalierungsgrad (so in Afrika, Asien und Lateinamerika). Vor allem der hohe Anteil von weiblichen „chief executives“ in Afrika und Asien zeigt außerdem, dass die Repräsentation von Frauen in Spitzenämtern der politischen Exekutive bemerkenswerterweise *nicht* Ausdruck eines allgemeinen hohen Entwicklungsstands der geschlechterbezogenen Gleichberechtigung ist (Jalalzai 2008, 223).

In den mächtigsten Industriestaaten, die in der G8 zusammengeschlossen sind, gab es bislang lediglich vier Frauen, die an der Spitze der politischen Exekutive standen: Margaret Thatcher (Großbritannien, 1979–1990), Édith Cresson (Frankreich, 1991–1992), Kim Campbell (Kanada, 1993) und Angela Merkel (Deutschland, seit 2005). Die ansonsten gerade innerhalb dieser Ländergruppe ausgeprägte Vorherrschaft männlicher Regierungschefs macht jeden Einzelnen dieser vier Fälle für sich bemerkenswert. Aus vergleichender Perspektive fällt jedoch zugleich ein bestimmtes Muster ins Auge: Mit Ausnahme der französischen Premierministerin Cresson, die unter einem strukturell überlegenen Präsidenten Mitterrand diente, standen die übrigen drei Regierungschefinnen jeweils an der Spitze einer Exekutive, die in der vergleichenden Politikwissenschaft zu Recht als institutionell hochgradig machtkonzentriert gilt (King 1994; O’Malley 2007). Angela Merkel als das bislang einzige weibliche Gesicht der deutschen „Kanzlerdemokratie“ wurde in den vergangenen Jahren von Teilen der Presse gar mehrfach hintereinander zur „mächtigsten Frau der Welt“ gewählt (so die Klassifikation des *Forbes Magazine* für die Jahre 2005 bis 2009).

Angesichts der vielfach belegten größeren „Frauenfreundlichkeit“ progressiver/linker Parteien (etwa mit Blick auf die Kandidatenselektion bei Parlamentswahlen und dem Anteil gewählter Kandidatinnen)<sup>10</sup> ist es bemerkenswert, dass – mit Ausnahme Édith Cressons als Vertreterin der französischen Sozialisten – alle Regierungschefinnen innerhalb der G8 den Reihen konservativer bzw. bürgerlicher Parteien entstammten. Für einige BeobachterInnen ist das kein Zufall. Vielmehr gebe es systematische Gründe, die mit der spezifischen Organisationsstruktur konservativer Parteien zu tun haben. Deren Charakter als „corporatist catch-all party“ mache es gar wahrscheinlich, dass auch künftige Regierungschefinnen Westeuropas eher aus den Reihen konservativer bzw. bürgerlicher Parteien kämen (Wiliarty 2008, 491ff.).

Diese These ist nur bedingt plausibel; zumindest ist sie nur mäßig gut belegt.<sup>11</sup> Entscheidender als die Zugehörigkeit einer Partei zu einer der großen programmatisch-ideologisch definierten Parteifamilien (Mair/Mudde 1998) erscheint das jeweilige Ausmaß an struktureller Inte-

gration einer Partei, welches primär Ausdruck der territorialen Organisationsstrukturen des betreffenden Regierungssystems ist. Die strukturelle Integration politischer Parteien ist in föderativen Systemen deutlich geringer als in nicht-föderativen bzw. stark zentralisierten Systemen. Aus dieser Perspektive betrachtet können weitere Regierungschefinnen aus den Reihen auch nicht-konservativer Parteien aus föderativen Systemen wie Deutschland oder Kanada als mindestens so wahrscheinlich gelten wie die Geburt einer Thatcher-Erbin aus dem Schoße der British Conservative Party.

Möglicherweise könnte am Ende aber auch die gerade in einigen konservativen Parteien nach wie vor verbreitete Hybris gegenüber Spitzenpolitikerinnen diesen den Weg in ein exekutives Spitzenamt ebnen und ihnen helfen, dort möglichst lange zu verbleiben. Entsprechende Aspekte lassen sich selbst in der für Westeuropa bahnbrechenden politischen Karriere Margaret Thatchers entdecken. Ihren innerparteilichen Durchbruch verdankte Thatcher in nicht geringem Maße dem verbreiteten Verdruss der Partei über ihren als „herrisch“ geltenden Vorgänger Edward Heath. Und auch ihr außergewöhnlich großes Durchsetzungsvermögen als Regierungschefin hatte unter anderem damit zu tun, dass ihre männlichen Kollegen am Kabinetttisch sie lange Zeit unterschätzten und für handfeste Auseinandersetzungen mit einer weiblichen Kollegin angesichts einer rein männlichen Sozialisierung denkbar schlecht gewappnet waren (Evans 1997, 42f.).

#### **4. „Do Women Make a Difference?“ – die Auswirkungen weiblicher Repräsentation in politischen Führungsämtern**

Die eigentliche Kernfrage des Zusammenhangs von Frauen und politischer Führung lautet zweifelsohne, „Do Women Make a Difference?“ – macht es einen Unterschied, ob und in welchem Umfang Frauen politische Führungsämter besetzen? Dabei geht es um jene Dimension, die in der internationalen Literatur üblicherweise mit dem Begriff „substantive representation“ (in Abgrenzung gegenüber der im vorausgehenden Abschnitt behandelten „descriptive representation“) bezeichnet wird. Seit der wegweisenden Arbeit Hanna Pitkins (1967) betonen weite Teile der Repräsentationstheorie, dass die politischen Aktivitäten („Acting for“-Motive) von Repräsentanten von größerer Bedeutung seien als deren sozialen Eigenschaften („Standing for“-Merkmale).

Die ältere feministische Literatur fiel mit ihrer strikten Konzentration auf die Analyse der Manifestationen und Bestimmungsfaktoren des quantitativen Anteils von Frauen in politischen Ämtern zunächst weit hinter diese Position zurück. Das bedeutet nicht, dass Studien dieser Richtung die politischen Effekte einer starken Repräsentation von Frauen gleichgültig gewesen wären. Vielmehr wurde gleichsam als selbstverständlich unterstellt, dass eine hohe weibliche Repräsentationsrate ihren Niederschlag in einer frauenfreundlicheren Politik finden werde. „(B)eing female („standing for“) (was) conceived as an enabling condition for the substantive representation of women („acting for“)" (Celis/Childs 2008, 419). Die Ursache dieses Zusammenhangs wurde nicht unmittelbar im biologischen Geschlecht gesehen, sondern in den geschlechtsbedingten gesellschaftlichen Erfahrungen von Frauen.

Von diesem Erkenntnisinteresse angetrieben hat die internationale Forschung zahlreiche empirische Befunde zusammengetragen, die in ihrer Summe geeignet erscheinen, die Richtigkeit dieser Annahme zumindest der Tendenz nach zu bestätigen. Der Großteil einschlägiger Studien stammt aus den USA und basiert auf Analysen des politischen Verhaltens von weiblichen Mitgliedern der Legislative auf Bundes- und Einzelstaatsebene (vgl. mit zahlreichen weiteren

Nachweisen etwa Reingold 2008; Paxton/Hughes 2008, 191ff.). Dabei konnte nicht nur gezeigt werden, dass Frauen häufiger als deren männlichen Kollegen „frauenfreundliche“ Vorlagen in das parlamentarische Verfahren einbringen. Zugleich gibt es, vielen Studien zufolge, empirisch greifbare Anzeichen dafür, dass weibliche Abgeordnete ein anderes Abstimmungsverhalten an den Tag legen – und zwar nicht ausschließlich bei Entscheidungen über im engeren Sinne „frauenbezogene“ Maßnahmen. Parlamentarierinnen neigen dazu, in unterschiedlichen Bereichen – von den „civil rights“ bis zur „gun control“ – deutlich liberalere Positionen einzunehmen als männliche Abgeordnete.

Die Belastbarkeit und Generalisierbarkeit dieser Befunde bleiben jedoch umstritten. Immer wieder kamen Studien auch zu dem Ergebnis, dass geschlechtsbezogene Unterschiede im legislativen Verhalten von AkteurInnen minimal oder gar nicht-existent, überdies (zumindest im amerikanischen Kontext) im Zeitverlauf rückläufig seien (Reingold 2008, 130). Hier setzen zahlreiche jüngere Studien an, deren Bestreben es ist, die „Apriori-Erwartungen“ der älteren feministischen Literatur auszublenden und nicht danach zu fragen, welche Politik Frauen in öffentlichen Ämtern verfolgen, sondern welche AkteurInnen unter welchen Bedingungen frauenfreundliche Politik betreiben und in diesem Sinne die substanzielle Repräsentation von Frauen und spezifischen Fraueninteressen gewährleisten (Childs/Krook 2008; 2009). „Importantly, critical actors may not even be women (...) (T)he possibility of women’s substantive representation can be realised even in the absence of women’s greater descriptive representation.“ (Celis/Childs 2008, 421, 423)

Spezifische forschungsanalytische Herausforderungen betreffen aber nicht nur die konzeptuell notwendige Entscheidung, ob „frauenfreundliche Politik“ zur zentralen abhängigen Variable erklärt wird oder Studien einer explorativen Erkenntnisstrategie verhaftet bleiben. Hinzu kommen methodische Probleme. Eine deduktive Bestimmung weiblichen Führungsverhaltens in politischen Exekutivämtern auf der Basis von Befunden der Legislativforschung vermag angesichts der fundamental unterschiedlichen Natur legislativer und exekutiver Führungsämter nicht zu überzeugen, und selbst anspruchsvolle Versuche einer Ausdehnung bewährter Analysestrategien aus der Legislativforschung auf den Bereich der Exekutive gestalten sich ausgesprochen problematisch.

Die empirische Analyse legislativer Tätigkeiten ist, vor allem im US-amerikanischen Kontext mit seinen zahlreichen „roll call votes“ (dokumentierten namentlichen Abstimmungen), vergleichsweise einfach. Das Handeln von „chief executives“ innerhalb des Exekutivterritoriums war demgegenüber dem Zugriff der allgemeinen Öffentlichkeit und der Wissenschaft schon immer in hohem Maße entzogen – keineswegs nur, aber auch in den USA. Bis heute ist die politische Exekutive länderübergreifend stärker als andere Sektoren des politischen Systems ein „Arkanbereich“ geblieben, und keineswegs immer kann vom Akteursverhalten auf der Ebene von „public leadership“ zuverlässig auf die Prozesse im Innern der Exekutive geschlossen werden (Helms 2009, 391f.). Hinzu kommt mit Blick auf das Handeln von „women leaders“ im Exekutivbereich als Problemquelle deren bislang kleine Zahl, durch die ein generelles Problem der vergleichenden Leadership-Forschung (Styckow 2006, 23) potenziert wird. Strategische Auswege aus diesem Dilemma scheinen noch am ehesten Ansätze der „kontrafaktischen“ Analyse politischen Führungsverhaltens zu bieten (Chwieroth 2002). Dabei wäre, vereinfacht ausgedrückt und auf „female leadership“ bezogen, danach zu fragen, ob ein männlicher Regierungschef unter sonst gleichen Bedingungen anders entschieden hätte als eine weibliche Amtsinhaberin (oder umgekehrt). Über möglicherweise plausible, jedoch nichtsdestotrotz leicht angreifbare Einschätzungen dürfte ein solcher Ansatz nicht weit hinausgelangen.

Angesichts dieser Probleme hat die politikwissenschaftliche Leadership-Forschung stets ein Interesse an den Erkenntnissen von Studien der Nachbardisziplinen gehabt, die das Führungsverhalten von „women leaders“ in anderen Bereichen, außerhalb der Politik wie etwa in privatwirtschaftlichen Unternehmen, erforschen. Das in politikwissenschaftlichen Studien über die Führungsstile von Frauen in der legislativen Arena gezeichnete Bild – bei dem vor allem die größere Kooperations- und Kompromissbereitschaft sowie die geringere Aggressivität betont werden (Stevens 2007, 171; Reingold 2008, 132f.) – wurde dabei nur zum Teil bestätigt. Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Frauen in höherem Maße „transformational leadership“ (zukunftsorientierte Führung, bei der die Gefolgschaft für die jeweiligen Ziele erst noch gewonnen werden muss) betrieben als Männer, und umgekehrt der Anteil von Männern, die „laissez-faire leadership“ praktizierten, höher war als unter Frauen in vergleichbaren Führungspositionen (Eagly et al. 2003).<sup>12</sup>

Heftige Auseinandersetzungen gibt es nicht nur über methodische Probleme einschlägiger Studien, die immer wieder in dem Vorwurf mangelnder empirischer Validität von Befunden gipfeln (vgl. etwa Vecchio 2003). Hinzu kommen spezifische Bewertungsprobleme. In der Politik kann weder die Neigung zu breiter Kompromissbildung noch die Bereitschaft und Fähigkeit, „transformational/transformation leadership“ zu praktizieren, für sich betrachtet als grundsätzlich vorteilhaft bzw. überlegen gelten. Transformierende Varianten von Führung können in eine letztlich undemokratische Bevormundung ausarten. Zu weit getriebene Kompromissbildung, etwa gegenüber den Ansprüchen privatwirtschaftlicher Vetoakteure, mag, umgekehrt, auch fragwürdige Kompromisse auf Kosten des Gemeinwohls einschließen. Urteile über Führungsstile setzen eine demokratietheoretische Positionsbestimmung voraus, an der empirische Manifestationen von Political Leadership normativ gemessen werden können. Erwägungen dieser Art sind nicht nur für die Politikwissenschaft relevant. Auf der Ebene der Politik finden sie ihre Entsprechung in der Frage nach den jeweiligen gesellschaftlichen bzw. politisch-kulturellen Akzeptanzbedingungen von politischer Führung (Helms 2009, 390).

Weitgehend unbestritten ist heute, dass Frauen in politischen Führungspositionen verbreitet unter erschwerten gesellschaftlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen agieren, nicht ausschließlich mit Blick auf den Zugang zur Macht, sondern auch hinsichtlich der Vermittlung des Eindrucks angemessener und erfolgreicher Führung:

*Many of the difficulties and challenges that women face arise from the incongruity of the traditional female role and many leader roles. (...) This incongruity creates vulnerability whereby women encounter prejudicial reactions that restrict their access to leadership roles and negatively bias judgments of their performance as leaders. Easing this dilemma of role incongruity requires that female leaders behave extremely competently while reassuring others that they conform to expectations concerning appropriate female behavior. The double-standard requirement to display extra competence makes it especially difficult for women to gain recognition for high ability and outstanding achievements (...). Therefore, successful female leaders generally work hard and seek leadership styles that do not unnecessarily elicit resistance to their authority by challenging norms dictating that women be egalitarian and supportive of others. (Eagly/Carli 2003, 825)*

Gerade für einige der international bedeutendsten Inhaberinnen politischer Führungsämter im Bereich der Exekutive – wie insbesondere Indira Gandhi und Margaret Thatcher – treffen die behaupteten Zusammenhänge jedoch nach übereinstimmender Einschätzung maßgeblicher AutorInnen nicht zu (Genovese 1993; Steinberg 2008).

## 5. Schlussbemerkung

Auf den Gender-Aspekt bezogene Ansätze politikwissenschaftlicher Forschung haben viel zum Verständnis der Herausforderungen, Bedingungen und Möglichkeiten politischer Führung beizutragen. Nicht zuletzt die populärwissenschaftliche „Frauenliteratur“ mit ihren provokativ-polemischen Überzeichnungen und Zuspitzungen hat der Bereitschaft der nicht-feministischen Politikwissenschaft, sich mit den dazugehörigen Aspekten ernsthaft auseinanderzusetzen, lange Zeit im Wege gestanden. Tatsächlich sind die geschlechtsbedingten Unterschiede im Führungsverhalten zwischen Männern und Frauen selbst im Urteil führender Vertreterinnen der „Female leadership advantage“-These deutlich geringer ausgeprägt, als viele populärwissenschaftliche Bücher zum Gegenstand glauben machen (Carli/Eagly 2007, 133; Rhode/Kellerman 2007, 17; Rhode 2003, 19, 22; Reskin 2003, 63). Insbesondere die im Kern politisch motivierte Verbreitung krasser stereotyper Images von „female political leaders“ als Grundbaustein einer „great women theory of leadership“ erscheint aus wissenschaftlicher Warte betrachtet nicht weniger fragwürdig als das heute zu Recht als reduktionistisch und überkommen bewertete „Great man“-Paradigma früherer Jahrzehnte (Elgie 1995, 5f.). Im Gegensatz zu der jüngeren, auf die Frauen bezogenen Variante wurde beim ursprünglichen „Great man“-Ansatz immerhin noch eine herausragende individuelle Befähigung der betreffenden Führungspersönlichkeit unterstellt. Die „Greatness“-Vermutung mit Blick auf „women leaders“ ist dagegen sehr häufig von einem kollektiven Geltungsanspruch getragen.

In der jüngeren Literatur mehren sich die Stimmen von Autoren und Autorinnen, die für ein „degendering“ der Leadership-Forschung eintreten – zugunsten funktionaler Ansätze, welche die „leadership performance“ und übergeordnete „leadership functions“ ins Zentrum rücken:

*The functions of leaders – the things leaders do to get the job done effectively – have been endangered, forgotten, and lost amid discussions of gender and style. (...) A great women approach is dangerous in that it polarizes leadership. Functional approaches more accurately focus attention on the antecedents of effective leadership. These can be accomplished by both genders and through a number of different styles. (Pittinsky et al. 2007, 97, 115; vgl. auch Meyerson/Ely 2003, 137)*

An dieser Stelle läuft indes auch jene Forschung, die die „Gender Challenge“ im Bereich der internationalen Leadership-Forschung ernst nimmt und sich systematisch mit ihr auseinandersetzt, Gefahr, sich zu sehr auf das Effektivitätskriterium von politischer Führung zu konzentrieren. Politische Führung in der Demokratie muss mehr leisten als effektive Problemlösung. Sie muss zugleich jene Bedingungen im Auge behalten, denen ein maßgeblicher Einfluss auf die Chance einer größtmöglichen Anerkennungswürdigkeit politischer Problemlösungen zukommt. Dazu gehört nicht zuletzt die hinreichende Berücksichtigung des Gleichheitsprinzips als zentrale Säule jeder ernst gemeinten Ausprägung liberaler Demokratie. Wenn bzw. weil Männer und Frauen vergleichbar gut führen können – wovon im Lichte der empirischen Forschung auszugehen ist –, haben Frauen einen Anspruch darauf, gleichberechtigt in den Leitungsorganen des Staates vertreten zu sein.

Die Mindestforderung an die staatlichen und gesellschaftlichen Träger liberaler Demokratie besteht darin, Frauen auch in Bezug auf die Verfolgung politischer Karrieren in echten Führungspositionen mit „real choice“ auszustatten (Mandel 2003, 72ff.) und bei Bedarf zusätzlich dort ausgleichend zu wirken, wo ein geringeres Investment von Frauen primär aus der

Einsicht geboren erscheint, dieses könne von vornherein vergeblich sein (Kellerman 2003, 55).

Die Einsichten der jüngsten Forschung sind geeignet, Befürchtungen, der Staat könne sich dabei kaum überwindbaren Beharrungskräften männlich dominierter Gesellschaften gegenübersehen, zu zerstreuen. Die Ergebnisse einer empirischen Studie über die Wirkungen der fortschreitenden Feminisierung der parlamentarischen Elite in entwickelten Demokratien liefern gute Gründe, optimistisch zu sein – immer vorausgesetzt, dass sich in der Demokratie am Ende jene Strukturen durchsetzen, die von einer Mehrheit der Bevölkerung geschätzt und unterstützt werden:

*(T)he positive effect of women's descriptive representation on attitudes about the political process is not confined to female citizens. (...). (T)he effect of the number of women in parliament is significant for men and women, suggesting that the mechanism by which women's representation influences evaluations is one of more favourable policy outcomes benefiting both men and women. (Karp/Banducci 2008, 113f.)*

Die Überprüfung, ob und inwieweit dieser Zusammenhang auch mit Blick auf den Anteil von Frauen an der exekutiven Führungselite eines Landes gilt, ist nur eine der vielen Herausforderungen, denen sich die Forschung auf diesem Feld in den kommenden Jahren gegenübersehen wird.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Für ihre gleichermaßen substanzialen wie konstruktiven Kritik an einer früheren Fassung dieses Beitrags schulde ich den anonymen GutachterInnen der ÖZP herzlichen Dank. Elisabeth Kleinlercher und Veronika Settele danke ich für die sorgfältige Aktualisierung der empirischen Teile der Studie. – Manuskript geschlossen am 28.6. 2010.
- 2 Nicht behandelt werden können hier die Muster weiblicher Repräsentation in den Gerichten der entwickelten Demokratien, für die auffallend ähnliche Strukturen und Mechanismen festgestellt wurden wie auf der im nächsten Abschnitt behandelten parlamentarischen Ebene; vgl. Williams/Thames (2008). Sie wären – nicht zuletzt angesichts der vielfach attestierten faktischen „Regierungsfunktionen“ von Gerichten – im Rahmen einer weiter ausgreifenden Analyse des Themenkomplexes „Frauen und politische Führung“ ebenfalls eine eingehendere Betrachtung wert.
- 3 Zahlen nach Daten der Interparliamentary Union (<http://www.ipu.org/wmn-e/world.htm>), vgl. Tabelle 1.
- 4 Wie immer gilt, Ausnahmen bestätigen die Regel: Der Schweiz sieht man ihre ausgeprägte Nachzüglerrolle in der Wahlrechtsfrage nicht an. Gemessen an der erst 1971 vollzogenen Demokratisierung des Frauenwahlrechts muss der Anteil weiblicher Abgeordneter im Nationalrat von 28,5 Prozent als „unauffällig“ gelten.
- 5 Die substanzialsten und aktuellsten Überblicke über „Frauenquoten“ im internationalen Vergleich bieten Dahlerup (2006), Trembley (2007) und Krook (2009).
- 6 Zahlen nach Daten der Europäischen Union (<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=774&langId=en&intPagelId=659>), vgl. Tabelle 1.
- 7 In die statistische Analyse mit einbezogen werden bei Jalalzai 18 Präsidentinnen und 31 Regierungschefinnen. Nicht berücksichtigt wurden dabei jene Amtsinhaberinnen, die lediglich vorübergehend bzw. kommissarisch als „acting prime minister“ bzw. „acting president“ agierten. Ebenfalls nicht erfasst werden bei Jalalzai jedoch auch die bereits seit 2007 amtierenden Präsidentinnen Indiens (Prathiba Patil) und Argentinien (Cristina Fernández de Kirchner). Bis Anfang Juni 2010 kamen (ohne kommissarische Amtsinhaberinnen) zwei weitere gewählte Präsidentinnen (Dalia Grybauskaitė, Litauen und Laura Chinchilla Miranda, Costa Rica) und sechs Premierministerinnen (Zinaida Grečianii, Moldawien; Michèle Pierre-Louis, Haiti; Jóhanna Sigurðardóttir, Island; Jadranka Kosor, Kroatien; Roza Otunbayeva, Kirgistan und Kamla Persad-Bissessar, Trinidad und Tobago) hinzu. Die seit Januar 2010 amtierende schweizerische Bundespräsidentin Doris Leuthard kann nur bedingt als Staatsoberhaupt bezeichnet werden, da es in der Schweiz nach offizieller Lesart ein solches nicht gibt.
- 8 So besehen passt der gescheiterte Griff Hillary Clintons nach der amerikanischen Präsidentschaft in das von der vergleichenden Politikwissenschaft gezeichnete Bild.

- 9 Für die weiblichen Staatsoberhäupter Europas galt dies nicht. Andere Studien über den familiären Bildungshintergrund weiblicher Eliten in der europäischen Wirtschaft und Politik belegen, dass weibliche Eliten aus deutlich gebildeteren Elternhäusern stammen als männliche Eliten. In der Politik ist dieser Unterschied jedoch insgesamt geringer ausgeprägt als in der freien Wirtschaft (Vianello 2004, 168f.).
- 10 Vgl. etwa Kittilson (2006). Auch Christian-Best und Kjær (2007, 94ff.) untermauern diese Einschätzung empirisch; sie weisen jedoch zugleich auf einen deutlichen Konvergenztrend zwischen progressiven und konservativen Parteien hin.
- 11 Abgesehen von einigen anderen Unkorrektheiten wie insbesondere der irreführenden Klassifikation Angela Merkels als Staatsoberhaupt bzw. „the only female head of state in Nato and the only female head of state in the European Union“ (Wiliarty 2008, 485).
- 12 Nach den Befunden einer breit angelegten Untersuchung über den Zusammenhang von Persönlichkeit und Führungsstil dreier Premierministerinnen (Indira Gandhi, Golda Meir und Margaret Thatcher) scheint ein genderbezogen „feindliches“ Umfeld ein besonderes Beharrungsvermögen und ausgeprägtes Dominanzstreben der Betroffenen nachhaltig zu befördern: „As women, competing in an essentially masculine world of politics, having a tough, assertive, strong-willed, and dominating presence seemed to be a sine qua non.“ (Steinberg 2008, 304)

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Beckwith, Karen* (2005). A Common Language of Gender?, in: *Politics & Gender* 1, No. 1, 128–137.
- Carli, Linda L./Alice H. Eagly* (2007). Overcoming Resistance to Women Leaders. The Importance of Leadership Style, in: *Barbara Kellerman/Deborah L. Rhode* (Hg.): *Women and Leadership. The State of Play and Strategies for Change*, San Francisco, 127–148.
- Celis, Karen/Sarah Childs* (2008). Introduction. The Descriptive and Substantive Representation of Women. New Directions, in: *Parliamentary Affairs* 61, 419–435.
- Childs, Sarah/Mona Lena Krook* (2008). Theorizing Women’s Political Representation. Debates and Innovations in Empirical Research, in: *Femina Politica*, 17 (2008), 20–30.
- Childs, Sarah/Mona Lena Krook* (2009). Analysing Women’s Substantive Representation. From Critical Mass to Critical Actors, in: *Government and Opposition*, Vol. 44(2), 125–145.
- Christmas-Best, Verona/Ulrik Kjær* (2007). Why So Few and Why So Slow? Women as Parliamentary Representatives in Europe from a Longitudinal Perspective, in: *Heinrich Best/Maurizio Cotta* (Hg.): *Democratic Representation in Europe. Diversity, Change, and Convergence*, Oxford, 77–105.
- Chwieroth, Jeffrey M.* (2002). Counterfactuals and the Study of the American Presidency, in: *Presidential Studies Quarterly*, 32, 293–327.
- Dahlerup, Drude* (Hg.) (2006). *Women, Quotas and Politics*, London/New York.
- Duerst-Lathi, Georgia/Rita Mae Kelly* (1995). On Governance, Leadership, and Gender, in: *Georgia Duerst-Lathi/Rita Mae Kelly* (Hg.): *Gender Power, Leadership, and Governance*, Ann Arbor, 11–37.
- Eagly, Alice H./Linda L. Carli* (2003). The Female Leadership Advantage. An Evaluation of the Evidence, in: *The Leadership Quarterly*, 14, 807–834.
- Eagly, Alice H./Mary C. Johannesen-Schmidt/Marloes L. van Engen* (2003). Transformational, Transactional, and Laissez-faire Leadership Styles. A Meta-Analysis Comparing Women and Men, in: *Psychological Bulletin*, 95, 569–591.
- Elgie, Robert* (1995). *Political Leadership in Liberal Democracies*, London.
- Evans, Eric J.* (1997). *Thatcher and Thatcherism*, London/New York.
- Fliegau, Mark T./Andreas Kiefling/Leonhard Novy* (2008). Leader and Follower – Grundzüge eines inter-personalen Ansatzes zur Analyse politischer Führungsleistung, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 18, 399–421.
- Freedman, Jane* (2004). Increasing Women’s Political Representation. The Limits of Constitutional Reform, in: *West European Politics*, Vol. 27(1), 104–123.
- Genovese, Michael* (Hg.) (1996). *Women as National Leaders*, Newbury Park.
- Heldman, Caroline* (2008). Women and Political Leadership, in: *Joanne B. Ciulla* (Hg.): *Leadership at the Crossroads*, Vol. 2: *Leadership and Politics*, edited by Michael A. Genovese/Lori Cox Han, Westport, CT/London, 281–299.
- Helms, Ludger* (2010). Leadership-Forschung als Demokratiewissenschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 2–3, 3–8.
- Helms, Ludger* (2009). Politische Führung in der Demokratie: Möglichkeiten und Grenzen der vergleichenden Forschung, in: *Zeitschrift für Politik*, 56, 375–396.
- Helms, Ludger* (2005). Presidents, Prime Ministers and Chancellors: Executive Leadership in Western Democracies, Basingstoke.

- Helms, Ludger (2004). Politische Führung, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft, 2. Aufl., München, 708–709.
- Hoecker, Beate/Alexandra Scheele (2008). Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation, in: *Femina Politica*, 17, 9–20.
- Jalalzai, Farida (2008). Women Rule. Shattering the Executive Glass Ceiling, in: *Politics & Gender*, 4, 205–231.
- Karp, Jeffrey A./Susan A. Banducci (2008). When Politics Is Not Just a Man's Game. Women's Representation and Political Engagement, in: *Electoral Studies*, 27, 105–115.
- Kellerman, Barbara (2003). You've Come a Long Way, Baby – and You've Got Miles to Go, in: Deborah L. Rhode (Hg.): *The Difference "Difference" Makes. Women and Leadership*, Stanford, 53–65.
- Kellerman, Barbara/Deborah L. Rhode (Hg.) (2007). *Women and Leadership. The State of Play and Strategies for Change*, San Francisco.
- Keohane, Nannerl O. (2007). Crossing the Bridge. Reflections on Women and Leadership, in: Barbara Kellerman/Deborah L. Rhode (Hg.): *Women and Leadership. The State of Play and Strategies for Change*, San Francisco, 65–91.
- King, Anthony 1994. 'Chief Executives' in Western Europe, in: Ian Budge/David McKay (Hg.): *Developing Democracy. Comparative Research in Honour of J.F.P. Blondel*, London, 150–163.
- Kittilson, Miki Caul (2006). *Challenging Parties, Changing Parliaments. Women and Elected Office in Contemporary Western Europe*, Columbus, OH.
- Krook, Mona Lena (2009). *Quota for Women in Politics. Gender and Candidate Selection Reform Worldwide*, Oxford.
- Kunovich, Sheri/Pamela Paxton (2005). Pathways to Power. The Role of Political Parties in Women's National Political Representation, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 111(2), 505–552.
- Mair, Peter/Cas Mudde (1998). The Party Family and its Study, in: *Annual Review of Political Science*, 1, 211–230.
- Mandel, Ruth B. (2003). A Question About Women and the Leadership Option, in: Deborah L. Rhode (Hg.): *The Difference "Difference" Makes. Women and Leadership*, Stanford, 66–75.
- Meyerson, Debra E./Robin J. Ely (2003). Using Difference to Make a Difference, in: Deborah L. Rhode (Hg.): *The Difference "Difference" Makes. Women and Leadership*, Stanford, 129–143.
- O'Malley, Eoin (2007). The Power of Prime Ministers: Results of an Expert Survey, in: *International Political Science Review*, 28, 1–27.
- Paxton, Pamela/Melanie M. Hughes (2008). *Women, Politics, and Power. A Global Perspective*, Los Angeles u.a.
- Pelinka, Anton (2008). Kritische Hinterfragung eines Konzepts – demokratiethoretische Anmerkungen, in: Annette Zimmer/Regina Maria Jankowitsch (Hg.): *Political Leadership*, Berlin u.a., 43–67.
- Pitkin, Hanna (1967). *The Concept of Representation*, Berkeley.
- Pittinsky, Todd L./Laura M. Bacon/Brian Welle (2007). The Great Women Theory of Leadership? Perils of Positive Stereotypes and Precarious Pedestals, in: Barbara Kellerman/Deborah L. Rhode (Hg.): *Women and Leadership. The State of Play and Strategies for Change*, San Francisco, 93–125.
- Reskin, Barbara, (2003). What's the Difference? A Comment on Deborah Rhode's "The Difference 'Difference' Makes", in: Deborah L. Rhode (Hg.): *The Difference "Difference" Makes. Women and Leadership*, Stanford, 59–75.
- Rhode, Deborah L. (2003). The Difference "Difference" Makes, in: Deborah L. Rhode (Hg.): *The Difference "Difference" Makes. Women and Leadership*, Stanford, 3–50.
- Schmidt, Gregory D. (2008). The Election of Women in List PR Systems. Testing the Conventional Wisdom, in: *Electoral Studies*, 28, 190–203.
- Steinberg, Blema S. (2008). *Women in Power: The Personalities and Leadership Styles of Indira Gandhi, Golda Meir, and Margaret Thatcher*, Montreal u.a.
- Stevens, Anne (2007). *Women, Power and Politics*, Basingstoke.
- Stockemer, Daniel (2007). Why are there Differences in the Political Representation of Women in the 27 Countries of the European Union?, in: *Perspectives on European Politics and Society*, Vol. 8(4), 476–493.
- Stockemer, Daniel (2008). Women's Representation. A Comparison between Europe and the Americas, in: *Politics*, Vol. 28(2), 65–73.
- Styrow, Petra (2006). Osteuropäische Staatsoberhäupter im Fokus der vergleichenden Politikwissenschaft, in: Ellen Bos/Antje Helmerich (Hg.): *Zwischen Diktatur und Demokratie. Staatspräsidenten als Kapitäne des Systemwechsels in Osteuropa*, Münster u.a., 9–27.
- Trembley, Manon (Hg.) (2007). *Women and Legislative Representation. Electoral Systems, Parties, and Sex Quotas*, New York.
- Vecchio, Robert P. (2003). In Search of Gender Advantage, in: *The Leadership Quarterly*, 14, 835–850.
- Vianello, Mino (2004). Gender Differences in Access to and Exercise of Power, in: Mino Vianello/Gwen Moore (Hg.): *Women and Men in Political and Business Elites. A Comparative Study in the Industrialized World*, London, 167–189.
- Williams, Margaret S./Frank C. Thames (2008). Women's Representation on High Courts in Advanced Industrialized Countries, in: *Politics & Gender*, 4, 451–471.

Wiliarty, Sarah Elise (2008). Chancellor Angela Merkel – A Sign of Hope or the Exception That Proves the Rule?, in: Politics & Gender, Vol. 4(3), 485–496.

AUTOR

Ludger HELMS, Dr. phil. habil., M.A., Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Analyse politischer Systeme an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Demokratieforschung, unter besonderer Berücksichtigung Europas und Nordamerikas.

Korrespondenzadresse: Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstr. 15, A-6020 Innsbruck.  
E-Mail: ludger.helms@uibk.ac.at



Holzleithner Elisabeth

## Gerechtigkeit

Reihe Grundbegriffe der europäischen Geistesgeschichte

UTB: facultas.wuv 2009, 124 Seiten, broschiert  
ISBN 978-3-8252-3238-2  
EUR 10,20 [A] / EUR 9,90 [D] / sFr 17,90

Gerechtigkeit ist ein ebenso bedeutsames wie umstrittenes Ideal menschlichen Umgangs. Der Band befasst sich mit den verschiedenen Dimensionen des Begriffs der Gerechtigkeit in Geschichte und Gegenwart und skizziert die wesentlichen Theorien, die sich darum ranken. Neben philosophischen Grundlagen wird besonderes Augenmerk auf aktuelle Debatten gelegt, darunter Fragen der Geschlechter- und Generationen- sowie der globalen Gerechtigkeit.

